

DEMOKRATIE IN GEFAHR

EL SALVADOR
LGBTI*-RECHTE
IM AUSNAHME-
ZUSTAND
(Seite 21)



Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

die Demokratie gilt als eine der wichtigsten Errungenschaften der modernen Welt. Es ist umso erschütternder, dass sie sich seit einigen Jahren auf dem Rückzug befindet. Russland, das sich unter Wladimir Putin auf rasante Weise zu einer Autokratie entwickelt hat, führt seit Wochen einen mörderischen Krieg gegen die Ukraine. Putins Krieg ist auch eine Aggression gegen die liberal-demokratischen Fortschritte in der Ukraine. Die Zerstörung des demokratischen Rechtsstaates beschränkt sich aber keineswegs auf das größte Land der Erde. Sie ist vielmehr ein globaler Trend. Laut dem Forschungsinstitut „Varieties of Democracy“ wurde die Meinungsfreiheit zwischen 2010 und 2021 in 35 Ländern erheblich eingeschränkt, während sie sich nur in 30 merklich verbesserte. Der demokratische Rückzug macht auch vor der EU nicht halt. Fremdenfeindliche Parteien wie die AfD hegen Träume von einer homogenen Gesellschaft und einem Obrigkeitsstaat. Viktor Orban setzt diese Vision bereits in Ungarn um.

Demokratien werden heute selten schlagartig durch Militärputsche zu Diktaturen. In Mittelamerika beobachten

wir, wie die politischen Systeme nach den Erfolgen der Friedensprozesse in den 1990ern seit einigen Jahren schrittweise immer autoritärer werden. Gewählte Regierungen ändern die Spielregeln, um sich an der Macht zu halten. Selbst Verfassungsänderungen werden vorgenommen.

In dieser Ausgabe stellen wir die Perspektiven der mutigen Verteidiger*innen der Demokratie in Mittelamerika in den Vordergrund: Welchen Gefahren sehen sie sich ausgesetzt? Welche wirtschaftlichen Interessen und korrupten Machenschaften sehen sie hinter der Repression? Wo sehen sie Chancen, das Recht wiederherzustellen? Für uns als CIR ist klar: Wir werden unsere Partnerorganisationen auch und gerade in diesen schwierigen Zeiten unterstützen. Mit unseren Partner*innen teilen wir die feste Überzeugung, dass die großen sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit ohne die Demokratie nicht zu bewältigen sind.

Wir wünschen eine gute Lektüre.

Ihr / Euer CIR-Team

Das Titelfoto des Fotografen Alfredo Carías aus San Salvador

zeigt eine Szene einer großen Demonstration gegen Autoritarismus in der Hauptstadt El Salvadors im September 2021. „Nie wieder Diktatur!“



THEMA

Demokratie in Gefahr

- 4** LYA CUÉLLAR
Die Krise des Rechtsstaats in Zentralamerika
Ein Überblick über die Erosion der Demokratie
- 7** AMADA PONCE
„Wir müssen weiter unsere Geschichten erzählen“
Die Lage der Pressefreiheit in Honduras
- 9** MIRIAM INSTENBERG (CIR)
Verbrechen Journalismus:
der Fall Carlos Choc
- 10** CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
Ziviles Engagement in Honduras und El Salvador
Ein Gespräch mit Menschenrechtsaktivist*innen beider Länder
- 13** KNUT HENKEL
Die Politisierung der Justiz

MITTELAMERIKA

- 18** NICARAGUA
„Gegenwehr kann wirken“
Interview mit CIR-Geschäftsführer Thomas Krämer über die Zusammenarbeit mit Partner*innen in Mittelamerika
- 21** DOROTHEE MÖLDERS (CIR)
EL SALVADOR
LGBTI*-Rechte und Resilienz im Ausnahmezustand

KAMPAGNE

- 24** ANNA BACKMANN (CIR)
Rückenwind für faires Spielzeug
- 26** ANDRÉA DE MORAES BARROS (CIR)
Auf dem Weg zu nachhaltigerem O-Saft

ÜBER UNS

- 28** **Wir stellen vor:** Menschen, die sich für eine gerechte Welt engagieren
- 30** **Veränderungen im Team**
- 31** **Bestellschein**

CIR-KONFERENZ für eine Welt-Wirtschaft, in der wir leben wollen

Vom **28.-29. Oktober 2022** im Franz Hitze Haus in Münster

Infos und Anmeldung: www.ci-romero.de/termine/systemwandel-konferenz

Sie erwartet: Kritische Impulsvorträge, Workshops zu Visionen des Wandels, spannende Gäste wie Ruth Kron, Sven Giegold, Prof. Michael Brie, Dr. Nancy Cardoso, Kathrin Hartmann und ganz viel „Wandel-Mut“

**SEIEN
SIE
DABEI!**

IMPRESSUM



Herausgeberin:
Romero Initiative (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0) 251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:

Anna Backmann, Kirsten Clodius, Joana Eink (Vi.S.d.P.), Dominik Groß, Miriam Instenberg, Sarah Lethmate, Thomas Krämer, Dorothee Mölders, Andréa de Moraes Barros, Anne Nibbenhagen, Katharina Paar, Maik Pflaum, Helen Strauss, Christian Wimberger
Lektorat: Annette Spitzmesser, Joana Eink
Druck: Druckservice Roxel, Münster, Mai 2022

Layout: Edith Jaspers

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Spenden an die CIR

DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Guatemaltekischer Frühling 2015: Nachdem ein Korruptionsnetz in der Regierung aufgedeckt wurde, war die Hoffnung auf politischen Wandel groß. Sieben Jahre später steht Präsident Giamattei unter Korruptionsverdacht, von Hoffnung ist wenig zu spüren.



Die Krise des Rechtsstaats in Zentralamerika

In Zentralamerika waren die demokratischen Umbrüche der letzten Jahrzehnte ein Versprechen der Hoffnung für eine Region, die unter jahrzehntelanger autoritärer Herrschaft und langwierigen Konflikten gelitten hatte. Die Möglichkeit des Aufbaus von demokratischen Institutionen war vielversprechend für die unruhige Region. Doch nun wird dieser Fortschritt gestoppt und ins Gegenteil verkehrt. TEXT: LYA CUÉLLAR (RUNDER TISCH ZENTRALAMERIKA)

EL SALVADOR

El Salvador zeigt seit 2019, wie schnell demokratische Institutionen, die über Jahrzehnte aufgebaut wurden, wieder demontiert werden können. Der junge Präsident Nayib Bukele hat in nur drei Jahren im Amt die Kontrolle über den gesamten Staat übernommen.

Bei der Wahl 2021 erlangte Nuevas Ideas (dt: Neue Ideen), die Partei des Präsidenten, die absolute Mehrheit. Einige Stunden nach seinem Amtsantritt leitete der neue Kongress die Kooptation der judikativen Macht ein,

entließ das Verfassungsgericht und ersetzte dieses illegitim. Seitdem hat der Kongress auf Anweisung der Exekutive abrupt und ohne Diskussion Gesetze verabschiedet, die sich jedoch auf das Leben aller Bürger*innen auswirken.

Ende März 2022 hat die Regierung als Reaktion auf eine Eskalation der Gewalt den Ausnahmezustand verhängt, der zu einem Dauerzustand zu werden droht. Laut offiziellen Angaben haben die Sicherheitskräfte in weniger als zwei Monaten mehr als 25.000



Oben:
Student*innenproteste 2018
in Nicaragua sind der Beginn
systematischer Repression
seitens der Regierung.

Rechts:
Nayib Bukele, Präsident von
El Salvador seit 2019,
entwickelt sich immer mehr
zum Autokraten.



Menschen festgenommen. Menschenrechtsorganisationen berichten von hunderten willkürlichen Verhaftungen, mindestens sieben Menschen sind bisher in Haft gestorben (Stand: Mitte Mai).

NICARAGUA

In Nicaragua sind ebenso illegale Festnahmen und Menschenrechtsverletzungen in Gefängnissen bekannt, seitdem die Sicherheitskräfte von Daniel Ortega im Jahr 2018 Demonstrationen brutal niedergeschlagen haben.

Ortega hält sich seit 2006 an der Macht. Ihm wird Wahlmanipulation vorgeworfen und seit dem letzten Wahlprozess auch die Unterdrückung der Opposition. Organisationen berichten von 182 politischen Gefangenen.

Seit 2018 hat die Regierung 168 nationalen und internationalen Organisationen die Rechtspersönlichkeit entzogen, gestützt auf Gesetze, die es ermöglichen, die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf Basis bürokratischer Vorwände einzuschränken oder gar unmöglich zu machen.

Die ständige politische Verfolgung hat

einen großen Teil der nicaraguanischen Zivilgesellschaft dazu gezwungen, sich außerhalb der Landesgrenzen zu etablieren. Wichtige kritische Stimmen mussten das Land verlassen und versuchen jetzt, sich aus dem Ausland für Nicaragua einzusetzen.

Doch inmitten dieser düsteren Aussichten zeigen sich die Risse im Ortega-Regime. Der ehemalige Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Arturo McFields, hat in einer Videoschleife des permanenten Rats die Regierung als "Diktatur" bezeichnet, und bestätigt, dass die Unzufriedenheit innerhalb der staatlichen Institutionen selbst wächst.

GUATEMALA

Guatemala war im vergangenen Jahrzehnt ein Beispiel in der Region. Die Ermittlungen der Internationalen Kommission gegen die Straffheit in Guatemala (CICIG) führten zu hunderten Urteilen, unter anderem gegen mehrere hochrangige Politiker*innen. Zehntausende empörte Guatemalte*innen demonstrierten 2015 und forderten den >



Hoffnungsschimmer
Honduras: Seit Amts-
antritt von Präsidentin
Castro herrscht Auf-
bruchstimmung im
Land.

In den ersten Monaten ihres Amtes wurden die von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisierten Sonderzonen für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung (ZEDE) abgeschafft. Der Kongress hat ebenfalls ein

Rücktritt der Regierungschefs. Nach dem sogenannten neuen “guatemalteckischen Frühling” sind sowohl der damalige Präsident Otto Pérez Molina sowie die ehemalige Vizepräsidentin Roxana Baldetti zurückgetreten und mussten vor Gericht.

Sieben Jahre später befinden sich leider viele der mutigen Richter*innen und Staatsanwält*innen, die den Kampf gegen die Korruption gesteuert haben, im Exil. Seit 2018 mussten 22 kritische Jurist*innen wegen staatlicher Verfolgung das Land verlassen. Nach konstanten Versuchen, die Arbeit der CICIG zu behindern, beschloss die Regierung von Jimmy Morales im Jahr 2019 einseitig, das Mandat der CICIG zu beenden. Das enge Verhältnis der Regierung mit dem Militär und der wirtschaftlichen Elite besteht fort und die kommende Wahl wird durch die Kooptation der drei Gewalten vorbereitet.

HONDURAS

Angesichts dieser regionalen Tendenzen kam das letzte halbe Jahr in Honduras für viele überraschend. Die linke Kandidatin Xiomara Castro wurde bei der Wahl 2021 zur ersten Präsidentin Honduras gewählt. Nach 12 Jahren Nationalpartei-Regierung, die seit dem Putsch im Jahre 2009 gegen Manuel Zelaya an der Macht gewesen ist, wird Honduras nun vom Oppositionsbündnis Libre – unter der Führung der Ehefrau von Zelaya – regiert.

sogenanntes Amnestiegesetz verabschiedet – zur Unterstützung von Aktivist*innen, die vom Staat aus eindeutig politischen Gründen unterdrückt und kriminalisiert wurden.

Die honduranische Zivilgesellschaft ist sich jedoch der faktischen Mächte, die den Staat seit Jahrzehnten kontrollieren, durchaus bewusst: Die organisierte Kriminalität droht weiter, die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen zu verhindern. Aus diesem Grund blickt die Zivilgesellschaft in Honduras mit Hoffnung, aber auch mit Vorsicht auf diese neue Phase.

ZENTRALAMERIKA befindet sich in einer tiefen Krise. Doch die Fortschritte der Vergangenheit waren nicht umsonst: Sie haben engagierte Zivilgesellschaften hinterlassen, die entschlossen sind, die hart erkämpfte Demokratie zu verteidigen. Um den Herausforderungen dieser autoritären Welle zu begegnen, ist es wichtig zu verstehen, dass der zentralamerikanische Widerstand sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grenzen Mittelamerikas zu finden ist und nicht aufhören wird, für die Region zu kämpfen. ■

Lya Cuéllar ist Politikwissenschaftlerin, Journalistin und Koordinatorin des Runden Tisches Zentralamerika, einem Netzwerk von rund 30 zivilgesellschaftlichen Organisationen mit entwicklungspolitischem Mittelamerika-Bezug.



Wir müssen weiter unsere Geschichten erzählen

Eine unabhängige und kritische Presse spielt eine zentrale Rolle in einer Demokratie – und auch in der Verteidigung derselbigen. Doch die Presse- und Meinungsfreiheit in Mittelamerika ist vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt. Amada Ponce, Direktorin der honduranischen Organisation C-Libre (dt.: Komitee für freie Meinungsäußerung), fasst die Lage in Honduras zusammen. TEXT: AMADA PONCE, ÜBERSETZUNG: JOANA EINK (CIR)

In Honduras geht das zweite Quartal 2022 zu Ende, nachdem im Vorjahr ein turbulenter Wahlprozess mit Attentaten und politischer Gewalt gegen die Kandidat*innen stattgefunden hatte, aus dem die linke Politikerin Xiomara Castro als Präsidentin hervorging. Dies weckt Hoffnung auf einen Dialog mit Amtsträger*innen, die für die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Empfehlungen der Zivilgesellschaft empfänglich sind. Doch der Staatsstreich im Jahr 2009 und die 12-jährige konservative Regierung der Nationalen Partei, gekennzeichnet von Korruption und mutmaßlichen Verbindungen zum Drogenhandel, haben auf sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ebene tiefe Spuren hinterlassen.

Die Lage der Presse- und Meinungsfreiheit

Das Recht der Bevölkerung auf Information und freie Meinungsäußerung war durch das prekäre politische Klima im Zuge der Wahlen

sowie die anhaltende Corona-Pandemie im Jahr 2021 einmal mehr stark eingeschränkt.

Die Kontrolle der Berichterstattung durch Megakonzerne, die im Besitz einiger weniger Oligarchen sind, verhinderte zudem Vielfalt, kritisches Bewusstsein sowie den Aufbau einer Informations- und Wissensgesellschaft. Repressionen gegen Journalist*innen tun ihr Übriges. Im Jahr 2021 registrierten wir von C-Libre 96 Warnmeldungen.

Die Formen der Repression

Die häufigsten Übergriffe waren Gewalttaten gegen Journalist*innen und Medienschaffende sowie gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und öffentliches Eigentum. Diese Übergriffe können vielfältige Formen annehmen: Sie reichen von physischen Angriffen, Drohungen, Belästigung sowie Einschüchterung bei der Berichterstattung über Stigmatisierung, Spionage und Erpressung im privaten Bereich bis hin zu illegalen Festnahmen auf >

dem Weg zur Arbeit oder bei der Berichterstattung, Gerichtsverfahren, digitaler Sabotage und Cyberangriffen oder der Behinderung bei der Informationsbeschaffung.

Die Aggressor*innen

In 50 Prozent der analysierten Fälle ist die Identität der Angreifenden nicht bekannt. Es wird angenommen, dass es sich um Personen handelt, die mit den Themen der Berichterstattung in Verbindung stehen. Zu den Angreifenden, deren Identität bekannt ist, gehören Mitglieder der Nationalen Polizei, des Nationalkongresses, der Justiz, des

Obersten Gerichtshofs, der Ehrengarde des Präsidenten, private Sicherheitsleute, Ex-Militärs oder Ex-Polizist*innen.

Internationaler Zusammenhalt

Netzwerke wie „Forbidden Stories“ (forbiddenstories.org), in denen sich Medien und Journalist*innen zusammenschließen, um die Arbeit bedrohter Kolleg*innen zu schützen, weiterzuführen und zu veröffentlichen, sind äußerst wichtig. Wir ermutigen sie und teilen ihre Inhalte. Denn: Wir müssen weiter unsere Geschichten erzählen. ■

VERBRECHEN JOURNALISMUS: DER FALL CARLOS CHOC

*Der guatemaltekische Journalist Carlos Ernesto Choc Chub ist den schmutzigen Geschäften rund um eine Nickelmine auf der Spur. Seine Arbeit bringt ihm zwei Strafanzeigen innerhalb von fünf Jahren ein. Der Fall zeigt, wie Unternehmen und korrupte Regierungsvertreter*innen kooperieren, um freie Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung zu verhindern.* TEXT: MIRIAM INSTENBERG (CIR)

Carlos Choc ist am 27. März 2017 vor Ort, als eine Protest-Veranstaltung in El Estor/ Guatemala eskaliert: Fischer*innen versuchen, den Nickel-Abbau in der Fénix-Mine am Izabal-See zu stoppen. Sie befürchten eine Kontaminierung des Seewassers. Carlos Choc fotografiert und filmt, wie ein Fischer von einem Polizisten erschossen wird. Aufgrund seiner Berichterstattung ermitteln die Behörden nun gegen den Journalisten: Choc wird u.a. der Anstiftung zu einer Straftat

sowie der Teilnahme an illegalen Zusammenkünften beschuldigt. In der Folge wird Choc wiederholt bedroht, seine Unterkünfte werden durchsucht, Arbeitsgeräte beschlagnahmt. Zwischenzeitlich muss er untertauchen und monatlich eine Unterschrift bei der Staatsanwaltschaft leisten, um der Untersuchungshaft zu entgehen.

Die Repressionen machen es ihm unmöglich, seiner Arbeit nachzugehen. Koordiniert vom Netzwerk „Forbidden Stories“ führen

Carlos Choc im März 2019 in El Estor bei der Vorbereitung eines Treffens mit einem Mitglied der Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft für Verbrechen gegen Journalist*innen.



PRESSEFREIHEIT VERTEIDIGEN!

Die Journalist*innen-Organisation C-Libre unterhält das Netzwerk „Rapcos“ zum Schutz verfolgter Journalist*innen. Rapcos arbeitet u.a. dort, wo Megaprojekte wie Wasserkraftwerke und Bergbau Konflikte mit der Bevölkerung mit sich bringen. Die meisten Übergriffe gegen Journalist*innen bleiben ungestraft. C-Libre engagiert sich deshalb in der nationalen „Koalition gegen Straflosigkeit“ und bietet für Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen Schulungen über das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht der Verteidigung von Menschenrechten, Schutzmechanismen und Risikoprävention an.

Mit Ihrer Spende können Sie helfen, die freie Meinungsäußerung in Honduras zu verteidigen!

**Stichwort
« PRESSEFREIHEIT »**

Journalist*innen von 20 Medien aus 15 Ländern Chocs Recherchen fort. Anfang März 2022 decken sie unter dem Titel „Mining Secrets“ (dt. wörtlich: Geheimnisse schürfen) auf: Das Bergbauunternehmen Solway Investment Group, das die Mine betreibt, wusste nicht nur von den Umweltverschmutzungen, die der Nickelabbau in El Estor verursacht. Solway versuchte gezielt, die Schäden zu vertuschen und die indigenen Gemeinden zu diskreditieren, die sich gegen die Mine engagierten.

Kritische Berichterstattung ist auch dem „Pakt der Korrupten“, der an den schmutzigen Minen-Geschäften mitverdient, ein Dorn im Auge. Daher verwundert es nicht, dass Carlos Choc am 25. März 2022 erneut wegen der Anstiftung zu einer Straftat angezeigt worden ist. Die Vermutung liegt nahe, dass der neue Versuch der Kriminalisierung in direktem Zusammenhang mit der Veröffentlichung der „Mining Secrets“ steht. Die CIR-Partnerorganisation CALDH ist an der juristischen Verteidigung von Carlos Choc beteiligt. ■



Ziviles Engagement in Honduras und El Salvador

Demokratie im Aufbruch, Demokratie in Gefahr

*Rechtsstaatlichkeit und eine aktive Zivilgesellschaft sind Grundpfeiler einer echten Demokratie. Darüber sprach CIR-Referent Christian Wimberger am 2. Mai mit **Mercy Ayala** von der Organisation ERIC in Honduras (Foto oben) und **Claudia Steinau** von der Organisation Tutela Legal in El Salvador (Foto unten).*

Länder, die eine Grenze teilen, deren politische Landschaften sich jedoch zunehmend unterscheiden.

TRANSKRIPTION U. ÜBERSETZUNG: HELEN STRAUSS (CIR) UND JOANA EINK (CIR)

Wie bewertet ihr die Rechtsstaatlichkeit in eurem Land? Respektieren Regierung und Verwaltung bestehende Gesetze?

Mercy: In Honduras gab es seit der Wahl von Xiomara Castro als erste weibliche Präsidentin einige Veränderungen. Mit 70 % war die Wahlbeteiligung und damit auch die Legitimierung der Regierung so hoch wie noch nie. Nach 100 Tagen Amtszeit finden sich einige neue, junge Gesichter in Regierungsinstanzen. Auch solche, die sich mit sozialen Bewegungen identifizieren. Die Hoffnung ist groß, dass – nach dem Staatsstreich von 2009 und der korrupten Vorgängerregierung – Institutionen und Rechtsstaat nun gestärkt und respektiert werden.

Claudia: Hier in El Salvador ist die Situation leider eine andere. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind in Gefahr. Es gibt keine Gewaltenteilung. Das Parlament kann mit Leichtigkeit die Mehrheit für die Verabschiedung essenzieller Gesetze bekommen. Ein Beispiel ist das vor Kurzem verabschiedete Wassergesetz. Wasser darf nun zwar offiziell nicht privatisiert werden, Unternehmen können sich jedoch durch Konzession 15 Jahre Zugriff darauf sichern. Auch das Bergbauverbot ist in Gefahr. Das Verfassungsgericht steht unter Kontrolle der Regierung und Richter*innen sind selten objektiv.

Mercy: Auch bei uns gibt es noch keine unabhängige Judikative. Der juristische Apparat

Das Bergbauverbot in El Salvador trat 2017 in Kraft und ist ein historischer Sieg sozialer Bewegungen. Nun ist es in Gefahr.



ist ein Überbleibsel der letzten Regierung. Der Oberste Gerichtshof wurde bisher nicht neu gewählt. Es werden noch viele Prozesse gegen Verteidiger*innen von Gemeingütern geführt, während Korruption und Drogenhandel von der Staatsanwaltschaft aufgrund der bisherigen Komplizenschaft oft bewusst ignoriert werden.

Bei den Protesten am Tag der Arbeit, an denen auch die Präsidentin teilnahm, kam der Vorschlag auf, regionale Fonds für Kommunen und deren Abgeordnete zu unterbinden, um Korruption zu verhindern.

Claudia: Dagegen ließ bei uns in El Salvador der Arbeitsminister verkünden, dass jeder, der am 1. Mai auf die Straße geht, zu den Pandillas, den Banden, gezählt und verfolgt wird. Auch herrscht bei uns seit dem 27. März Ausnahmezustand, der mit der Bekämpfung der Banden gerechtfertigt wird. Kinder zwischen 12 und 16 Jahren drohen für Bandenkriminalität bis zu 10 Jahre Gefängnis. Begründet wird dies mit der angeblich gestiegenen Zahl an Morden und Bandenkriminalität im Allgemeinen, für die es aber keine Beweise gibt.

Was kann die Zivilgesellschaft in El Salvador angesichts dieser Situation noch tun? Sind Lobbyarbeit und Protest noch möglich?

Claudia: Die Arbeit von Tutela Legal und ähnlicher Organisationen ist wichtiger denn je, da wir über grundlegende Menschenrechte informieren. Wir gehen z.B. an Schulen. Die Schüler*innen haben viele Fragen, denn sie sind täglich mit Verletzungen der Menschenrechte konfrontiert. Politische Treffen sind im Ausnahmezustand verboten, was Gemeindeversammlungen erschwert. Zwar konnten wir der Regierung einige Vorschläge und Papiere präsentieren, doch es ist nicht mehr so einfach. Früher wurden Protestmärsche organisiert, aber jetzt haben die Menschen Angst vor Verhaftung.

Mercy, wie ist die Situation der Zivilgesellschaft in Honduras nach der Wahl? Kann sie sich jetzt in politische Prozesse einbringen?

Mercy: In den letzten 12 Jahren habe ich Gemeinden begleitet, die ihr Territorium z.B. gegen Bergbaufirmen verteidigen, und dabei >

FOTOS: PRIVAT; GENIA YATSENKO

Repression und Kriminalisierung erlebten. Es gab viele Veränderungen. Z.B. eine Amnestie für Häftlinge der politischen Krise, die auf die Wahlen 2017 folgte. Doch es stehen weitere Herausforderungen bevor. Zwar müssen wir nicht mehr konfrontativ gegen die Repression kämpfen, da die Regierung für Veränderung offen ist. Doch die Politik ist langsam, alte kriminelle Machtstrukturen sind nicht aus der Welt und die sozialen und politischen Probleme sind geblieben. Die Regierung ist bankrott. Wir haben nun als Bindeglied zwischen Gemeinden und Staat die Aufgabe, die neuen Änderungsprozesse zu initiieren und kritisch zu begleiten. Ziel ist, dass die Regierung ihre Versprechen erfüllt und Betroffene in Veränderungsprozesse einbezogen werden.

Claudia, hast du Hoffnung, dass sich die Politik in El Salvador ändern kann, so wie es in Honduras nun gerade der Fall zu sein scheint?

Claudia: Das hängt von der Regierung ab. Die Machtelite möchte den Bitcoin¹⁾, den der Präsident selbst fördert, als offizielle Währung durchsetzen. Es ist also im Interesse der Regierung, sich als wirtschaftlich stark zu präsentieren. Eine starke Militarisierung würde Investor*innen verunsichern und damit störend wirken. Also setzt die Regierung auf zeitlich begrenzte Repression und Verhaftungen. Laut offiziellen Zahlen sind inzwischen um die 20.000 Menschen wegen angeblicher Bandenkriminalität verhaftet worden.

Viele Ältere fühlen sich an den Bürgerkrieg (1981 - 1992) zurückerinnert. Die Jüngeren schweigen leider dazu, weil sie nicht über den Krieg aufgeklärt wurden und daher nicht erkennen, welche Folgen diese Politik nach sich ziehen könnte.

Sollte es eine Verfassungsänderung geben, könnte es durchaus zu Widerstand kommen. Aber die populistische Politik und der starke Einfluss der Regierung auf die Medien führen

zu einer verzerrten Wahrnehmung. Viele befürworten die Regierung, weil sie glauben, es gäbe weniger Kriminalität. Dabei sind unzählige Unschuldige verhaftet worden, insbesondere Jugendliche. Es scheint Richtwerte für die Anzahl von Verhaftungen pro Kommune zu geben. Es ist schrecklich. Ich befürchte, es kommt eine lange, als Demokratie verkleidete Diktatur auf uns zu. ■



Gerechtigkeit jetzt!

Mercy und Claudia wirken in einem Projekt zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Mittelamerika mit. Organisationen aus El Salvador, Guatemala und Honduras bieten Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen Beratung, damit diese ihre Rechte einfordern können. Gemeinsam mit kritischen Richter*innen fordern sie ein Ende der Straflosigkeit korrupter Politiker*innen und der Repression gegen die Zivilgesellschaft. Die Organisationen erheben Anspruch auf die Wiederherstellung von Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Der Austausch auf regionaler Ebene hilft ihnen beim Entwickeln gemeinsamer Strategien.

Unterstützen Sie den Einsatz gegen Willkür und für demokratische Rechtsstaaten!

Stichwort
« RECHTSSTAATLICHKEIT »

¹⁾ Bitcoin ist die erste und weltweit stärkste digitale Währung.



Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz mit dem Schwerpunkt organisiertes Verbrechen und Korruption ist eine von Dutzenden Personen in der Justiz Guatemalas, die ins Exil gedrängt wurden.

Die Politisierung der Justiz

El Salvador, Guatemala und bis vor kurzem auch Honduras – die Unabhängigkeit der Justiz ist den Regierungen im nördlichen Dreieck Mittelamerikas ein Dorn im Auge. Einzig in Honduras könnte die Waage alsbald in die andere Richtung ausschlagen – ein Hoffnungsschimmer. TEXT: KNUT HENKEL

Iván Velásquez rollt mit den Augen, wenn er nach Guatemala blickt. Dort leitete der 66-jährige Kolumbianer zwischen Oktober 2013 und September 2019 die CICIG, die UN-Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala. Erfolgreich, zu erfolgreich für den „Pakt der Korrupten“, der zum Rollback blies. Das Netzwerk aus Politik, Geschäftsleuten und Militärs hat in den letzten drei Jahren mehr als ein Dutzend Schlüsselfiguren der guatemaltekischen Justiz durch drohende unfaire Prozesse ins Exil gedrängt. Generalstaatsanwältinnen wie Thelma Aldana oder Claudia Paz y Paz, Staatsanwälte wie Francisco

Sandoval oder zuletzt die Richterin Erika Aifán, die um ihre persönliche Sicherheit fürchtete und Mitte März in die USA floh.

Kein Einzelfall, so Velásquez: „Die Unabhängigkeit der Richter*innen und Staatsanwält*innen ist in Guatemala kaum mehr gegeben, aber dieses Phänomen ist quasi überall in Lateinamerika sichtbar: die Politisierung der Justiz, die Unterhöhung der Gewaltenteilung.“

Dafür ist Guatemala, wo derzeit das Nominierungsverfahren für eine neue Generalstaatsanwältin läuft, ein exzellentes Beispiel. Zu den Kandidat*innen gehört auch >



Es war zu erwarten: Consuelo Porras erhält am 16. Mai 2022 die Ernennungsurkunde als Generalstaatsanwältin von Präsident Giammattei. Eine unabhängige Justiz ist nicht erwünscht.

Amtsinhaberin Consuela Porras. Vier Jahre arbeitete sie eng mit Präsident Alejandro Giammattei zusammen, der unter Korruptionsverdacht steht. Sie sorgte dafür, dass Prozesse gegen den Präsidenten und den „Pakt der Korrupten“ nicht zu Stande kamen. Ihr Name steht auf der „Liste Engel“, die seit dem 22. Dezember 2020 in Kraft ist und auf der alle korrupt und undemokratisch handelnden Personen aus Guatemala, Honduras und El Salvador landen. Ihnen werden die Einreise in die USA sowie alle Geschäftstätigkeiten mit US-Unternehmen verboten. Nun fordert die 69-jährige Porras eine Gegenleistung für jahrelange Treue und der Immunität garantierende Posten der Generalstaatsanwältin wäre das. In dem intransparenten und politisch motivierten Nominierungsverfahren ist sie mittlerweile an erste Stelle gerückt. Für den 13. Mai steht die Entscheidung an. [Anmerkung der Red. nach Redaktionsschluss.: Am 16. Mai überreichte Präsident Giammattei Porras die Ernennungsurkunde als Generalstaatsanwältin.]

Drei Länder, ähnliche Strukturen

Der Fall Porras ist ein typisches Beispiel für die Vergabe wichtiger Justiz-Posten in den drei Ländern des nördlichen Dreiecks. Von

denen gelten Honduras und Guatemala laut Transparency International als überaus korrupt, El Salvador folgt mit etwas Abstand. Aber auch da steht die Justiz unter enormen Druck von Seiten des Präsidenten Nayib Bukele. Mit seiner komfortablen Mehrheit im Parlament ist er im Mai 2021 gegen demokratische Kontrollorgane vorgegangen. „Die Entlassung des Generalstaatsanwalts und der Verfassungsrichter und die anschließende Neubesetzung mit der Regierung nahestehenden Kandidat*innen war eine erste Zäsur,“ so Saúl Baños, langjähriger Direktor der Menschenrechtsorganisation FESPAD.

El Salvador im Dauer-Ausnahmestand

Baños attestiert Nayib Bukele einen zunehmend autokratischen Kurs, der sich derzeit im rigorosen Vorgehen der Regierung gegen die omnipräsenten Banden niederschlägt. „Mara Salvatrucha“ und „Barrio 18“ heißen die



Gerechtigkeit, keine Straflosigkeit!
Dies öffentlich zu fordern, wird in Zentralamerika zunehmend schwieriger.

konkurrierenden Banden, die sich zu Beginn der Amtszeit Bukeles, im Frühjahr 2019, auffällig ruhig verhielten. Kein Zufall, so die Recherchen des investigativen Online-Portals „El Faro“. Ein Deal zwischen der neuen Regierung und den Banden habe dafür gesorgt: Bessere Bedingungen in den Haftan-

stalten gegen weniger Gewalt. Doch schon zu Beginn der Pandemie strich der autoritär auftretende, aber überaus populäre Präsident nach einer Welle von Morden die verbesserten Haftbedingungen. Nachdem am 26. März 62 Morde an einem Tag registriert wurden, verhängte die Regierung den Ausnahmezustand. Rund 25.000 Menschen wurden teilweise willkürlich verhaftet und

inhaftiert. In den Gefängnissen fanden laut Berichten von Human Rights Watch Misshandlungen statt, darunter auch Essensentzug.

Parallel zur Verhaftungswelle verbot die Regierung per Gesetz die Veröffentlichung von Texten, Bildern, Graffitis oder anderen visuellen Emblemen der Gangs. Hohe Haftstrafen drohen und als Reaktion auf das Gesetz verließ Juan Martínez, Anthropologe und Experte für die Bandenkriminalität, das Land ins Exil. Präsident Nayib Bukele hatte den Wissenschaftler als "Abschaum" diffamiert. Prozesse drohen auch dem Redaktionsleiter von „El Faro“, Óscar Martínez, und seiner Kollegin Gabriela Cáceres. Sie hätten „Artikel über die Banden verbreitet mit dem Ziel, Angst in der Bevölkerung zu schüren“, heißt es in einer Anzeige eines Parteimitglieds von Nuevas Ideas, der Partei des Präsidenten.

Pressefreiheit in Gefahr

Dadurch hat sich das Klima für kritischen Journalismus in El Salvador ähnlich wie in Guatemala und Honduras erneut verschlechtert. Alle drei Länder sind in der jüngst erschienenen Rangliste der Pressefreiheit weiter nach hinten gerutscht. Allerdings könnte sich das in Honduras bald ändern, denn da hat die neue Regierung von Xiomara Castro begonnen, ihre Reformagenda umzusetzen. Dazu gehört auch ein Schutzprogramm für Journalist*innen sowie neue Führungsstrukturen in Polizei und Militär. Mit der Auslieferung von Ex-Präsident Hernández am 21. April wegen Drogenschmuggels an die USA dürfte der Reformprozess zusätzliche Dynamik erhalten, so der Jurist und Analyst Joaquín Mejía. Er gehört zu den Berater*innen auf nationaler und internationaler Ebene, die derzeit Reformen im Justizsektor vorbereiten. Die sollen durch die Gründung einer UN-Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras verstärkt werden, um die die Regierung von

Xiomara Castro die Vereinten Nationen offiziell ersucht hat. Die erste Reaktion ist positiv und für Mitte Mai steht der Besuch einer UN-Expertengruppe in Tegucigalpa an. Für Iván Velásquez, ehemaliger CICIG-Direktor, ist das eine „gute Nachricht“ — aus einer Region, die wenig Positives zu vermelden hat. ■

Knut Henkel ist freier Journalist mit Lateinamerika-Schwerpunkt.



Gerechtigkeit für die Überlebenden in Guatemala

Damit Geschädigte von Menschenrechtsverletzungen Wiedergutmachung erhalten können, ist ein funktionierender Rechtsstaat nötig. Zusammen mit Betroffenen arbeitet unsere Partnerorganisation CALDH Verbrechen des Bürgerkriegs auf. Vor Gericht leistet sie Hinterbliebenen Rechtsbeistand, die sich keinen leisten könnten. Ziele sind Entschädigung der Familien und Verurteilung schuldiger Militärs. Im Museum „Haus der Erinnerung“ (siehe Foto) soll Aufklärung über die Gewalt des Bürgerkriegs ihre Wiederholung in der Gegenwart verhindern.

Unterstützen Sie den Kampf von CALDH gegen das Vergessen mit einer Spende.

Stichwort « CALDH »

El Salvador

Ein Boot für die Insel

Mehr als 300 Menschen leben auf der Insel El Cordoncillo vor der Costa del Sol in El Salvador, weil Grundstücke auf dem Festland knapp und für finanzschwache Menschen oft unbezahlbar sind. Die Siedlung ist eine von den Behörden vergessene Gemeinde. Es gibt weder einen Laden noch Strom noch Trinkwasser. Wie alle Waren und auch Dienstleister*innen muss es mit dem Boot angelandet werden – für zusätzliche 1,25 \$ pro Fahrt.

Die Bewohner*innen sind als Kooperative unter weiblicher Leitung organisiert. Diese möchte ein eigenes Motorboot kaufen, um die Transportkosten zu reduzieren. Zudem plant sie, Ausfahrten und Angelausflüge für Tourist*innen anzubieten. Die Fahrten sollen den Unterhalt des Bootes finanzieren und der Gemeinde zusätzliche Einnahmen erschließen. Für den Kauf bat die Kooperative die CIR um finanzielle Hilfe.

Wir unterstützen die Kooperative mit 5.000 € und bitten daher um Ihre Mithilfe.



Die Kooperative trifft sich regelmäßig, um die Anliegen der Inselbewohner*innen zu klären.



Stichwort
«ISLA CORDONCILLO»

GRUNDSÄTZE UNSERER PROJEKTARBEIT

Mit Ihrer Spende kann die Romero Initiative Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- globale Klimagerechtigkeit und Klimaschutz
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

Honduras

Berufskrankheiten vorbeugen

Arbeiter*innen in Bekleidungsfabriken leiden oft unter chronischen Schmerzen aufgrund sich ständig wiederholender Bewegungen, stundenlangen Stehens und unergonomischer Arbeitsplätze. Unsere Partnerorganisation EMIH aus Honduras arbeitet seit über 25 Jahren für bessere Arbeitsbedingungen. Nun möchte EMIH Arbeiter*innen aus Gewerkschaften darin stärken, sich in den Fabriken für mehr Gesundheitsprävention einzusetzen. In Workshops erproben gewerkschaftlich organisierte Arbeiter*innen unter professioneller Anleitung alternative und traditionelle Methoden zur Schmerzlinderung und geben ihre Erfahrungen anschließend an Kolleg*innen weiter. 120 Euro kostet die Teilnahme einer Person an einem Kurs. **Bitte unterstützen Sie EMIHs Gesundheitsförderungsprogramm für Arbeiter*innen.**



Schulungen zu Arbeitsrechten sind ein Kernelement des Einsatzes von EMIH.

Guatemala

Mutige Frauen im Kampf gegen Unterdrückung

Jungen indigenen Frauen drohen in Guatemala vielerlei Gefahren und Formen der Unterdrückung: sexuelle Gewalt im Privaten, Ausbeutung bei der Arbeit und rassistische Diskriminierung durch die weiße Oberschicht.

In der Region Chimaltenango stärkt unsere Partnerorganisation ADEMI mit psychologischen Gruppen- und Einzeltherapien Selbstachtung und -bewusstsein der Frauen, an denen es oft mangelt. Sie lernen, ihren Körper zu schätzen, sich als Bürgerinnen mit Rechten

wahrzunehmen und gegen deren Verletzung zu wehren.

Schon 11 Euro ermöglichen einer jungen Frau die Teilnahme an einer Gruppentherapie.

Stichwort

«GESUNDHEIT AM ARBEITSPLATZ»

Stichwort

«ADEMI»

IHRE
SPENDE
HILFT

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Oder online unter
www.ci-romero.de/spenden



NICARAGUA
Hoy LIBRE

Heute ein freies Nicaragua - eine Forderung der 2018er Proteste. Vier Jahre später ist die Zivilgesellschaft stark eingeschränkt.



„Gegenwehr kann wirken!“

*In Mittelamerika nimmt die Erosion der Rechtstaatlichkeit rasant zu, kritische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) werden zunehmend drangsaliiert – besonders in Nicaragua. Im nachfolgenden Interview erläutert **CIR-Geschäftsführer Thomas Krämer**, welche Rolle Russland dabei spielt, was das für die Projektarbeit der Romero Initiative bedeutet – und warum er trotzdem positive Perspektiven sieht.*

Vor 1,5 Jahren trat in Nicaragua das Gesetz 1040 zur „Regulierung ausländischer Agenten“ in Kraft. Auch in Guatemala und El Salvador gab es ähnliche Gesetzesinitiativen, die lokale NGOs einer strikten Kontrolle unterwerfen und deren politische Aktivitäten untersagen. Wie beurteilst du die Situation heute?

Im Falle Nicaraguas hatte das Gesetz verheerende Folgen. Nur wenigen Organisationen ist es bislang gelungen, sich wie vorgeschrieben neu registrieren zu lassen. Über 200

NGOs wurden vom Parlament mit fadenscheinigen Gründen die Rechtspersönlichkeit entzogen. Doch auch die Mehrzahl der noch nicht verbotenen Organisationen kann kaum noch arbeiten: Da sie noch nicht ins neue Register eingetragen wurden, sind ihre Bankkonten gesperrt – sie werden finanziell ausgetrocknet.

Du hattest 2021 in der presente gemutmaßt, „die wichtigste Funktion des Gesetzes scheint die Einschüchterung zu sein“. Wie beurteilst du das heute?

Ich habe mich leider geirrt. Zwar hat das Gesetz im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im letzten Jahr, die mit der Wiederwahl von Daniel Ortega endeten, tatsächlich zu einer Paralyse der NGOs geführt. Aber heute zeigt sich, dass es um viel mehr als um Einschüchterung ging: Kritische Organisationen im Land sollen dauerhaft mundtot gemacht, die Zivilgesellschaft zerstört werden. Auch hier orientiert sich Ortega an Putin.

Wo genau siehst du einen Bezug zu Russland?

Das Gesetz selbst – in Nicaragua im Volksmund „Ley Putin“ oder „Ley Rusa“ genannt – wurde 1:1 von einem gleichnamigen russischen Gesetz abgeschrieben. Hier wie dort geht es um den Aufbau eines autoritären Staates, der keine öffentliche Kritik zulässt. Russland fördert solche Entwicklungen weltweit – was die Gegenwehr sehr schwer macht. So haben in Nicaragua alle internationalen Proteste und Sanktionen nichts bewirkt, denn die Regierung kann auf die verstärkte Unterstützung von Russland und China zählen.

In den anderen mittelamerikanischen Ländern sieht es ähnlich aus?

Den Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien gab es in den letzten Jahren in der ganzen Region. Besonders bedrohlich ist derzeit die Situation in El Salvador. Präsident Nayib Bukele entwickelt sich zu einem gefährlichen Autokraten. Auch dort wurde Ende 2021 ein Gesetz zur Regulierung „ausländischer Agenten“ vorgelegt. Doch die Regierung machte nach starken nationalen und internationalen Protesten – auch durch die Bundesregierung – einen Rückzieher. Das zeigt: Gegenwehr kann wirken!

Trotzdem sieht das ganze Panorama in Mittelamerika und speziell in Nicaragua sehr düster aus. Wie geht die CIR damit um?

Zentral ist für uns, dass wir weiter an der Seite unserer Partner*innen stehen. Und wo es möglich ist, wie im genannten Fall in El Salva-

dor, werden wir auch politisch aktiv. Den autoritären Kräften darf es nicht gelingen, Menschenrechts-, Frauen- und Umweltorganisationen zum Schweigen zu bringen!

Wie werden die CIR-Partnerorganisationen denn von euch unterstützt? Einige sind doch bereits von den Verboten in Nicaragua betroffen.

Das stimmt. Mit der Menschenrechtsorganisation CENIDH, der Frauenorganisation MEC und der Umweltorganisation Centro Humboldt, mit denen wir schon seit vielen Jahren kooperieren, wurden drei der wichtigsten NGOs geschlossen. Nun kamen mit den Frauenorganisationen La Corriente und Casa de la Mujer sowie mit ADIC weitere hinzu. Das CENIDH traf es bereits 2018. Doch diese Organisationen suchen und finden neue Wege, für ihre Arbeit einzutreten. Und sie können sich dabei auf die CIR verlassen! Anderen CIR-Partner*innen ist die Neuregistrierung gelungen, sie können legal weiterarbeiten. Die Zivilgesellschaft in Nicaragua existiert noch – und wir werden dazu beitragen, dass das auch so bleibt!

Was heißt das für die Spender*innen? Könnt ihr garantieren, dass die Spenden weiter ankommen?

Bislang hat jede Spende für unsere Partner*innen zu deren Weiterarbeit beigetragen. Ob das für alle Organisationen auch in Zukunft möglich ist, kann ich nicht mit Gewissheit sagen. Wir würden die Spenden dann anderen Organisationen mit einem ähnlichen Einsatzbereich zukommen lassen.

Thomas, du bist nun schon seit weit über 30 Jahren in der Mittelamerika-Solidarität aktiv, hast in Nicaragua für die CIR gearbeitet. Erlebst du die derzeitigen Entwicklungen nicht persönlich als sehr frustrierend?

Ja, mich betrifft das Schicksal der Menschen und Organisationen sehr. Zugleich bin ich froh, bei einer Organisation zu arbeiten, die >

mittlerweile mit einem jährlichen Millionenbetrag die Zivilgesellschaft in Mittelamerika unterstützt, auch dank unserer vielen Spender-

Zivilgesellschaft stärken!

Menschenrechtsorganisationen, Umwelt- und Frauenzentren stehen in Mittelamerika massiv unter Druck – besonders in Nicaragua. Durch repressive Gesetze wird es immer schwieriger, die Zivilgesellschaft über öffentliche Mittel aus Deutschland zu unterstützen. Deshalb sind Ihre privaten Spenden wichtiger denn je, damit wir unseren Partner*innen unkompliziert und flexibel helfen können.

Stichwort «NICARAGUA»

*innen. Ich sehe, wie wichtig diese Solidarität für unsere Partner*innen vor Ort ist. Dass ich dazu einen Beitrag leisten kann, macht mich sehr glücklich. Und ich setze derzeit politische Hoffnungen auf Honduras. Die neugewählte, linksorientierte Präsidentin Xiomara Castro hat eine soziale Agenda und will den Rechtsstaat stärken. Bereits in den ersten Monaten ihrer Amtszeit wurde ein Stopp neuer exportorientierter „Modellstädte“ verfügt, die quasi rechtsfrei sind. Ebenso will sie umweltschädliche Bergbauaktivitäten reduzieren. CIR-Partnerorganisationen wie das jesuitische ERIC oder das Frauenrechtszentrum CDM haben sich lange dafür eingesetzt. Ihre Arbeit – und unsere Unterstützung – tragen jetzt Früchte. Und sie werden zusammen mit uns auch NGOs in den anderen Ländern helfen, die derzeit unter Druck stehen.

Danke, Thomas, für das Gespräch.



Revolution, Freude, Frieden - Mit diesen Worten wurde in Nicaragua 2012 der 33. Jahrestag des Sturzes der Somoza-Diktatur, angeführt durch die FSLN-Partei, gefeiert. Ihren einst linken Revolutionscharakter hat die Partei unter Ortega längst verloren.

FOTO: GIORGIO TRUCCHI

Die Organisation Hombres Trans fordert am Internationalen Tag gegen Homophobie 2022 ein Gender-Identitätsgesetz für Trans-Personen in El Salvador.



LGBTI*-Rechte und Resilienz im Ausnahmezustand

Wie geht es den Mitgliedern der Lesben-, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen*-Community (LGBTI*) angesichts der Zunahme von Autoritarismus und militärischer Gewalt sowie des Abbaus von Rechtsstaatlichkeit in El Salvador? Wie können sie im offiziell verhängten Ausnahmezustand für die Einhaltung ihrer Rechte eintreten? Diesen Fragen geht im Pride-Monat Juni ¹⁾ CIR-Referentin Dorothee Mölders nach, die in engem Austausch mit unseren salvadorianischen Partner*innen steht.

Trotz des Mangels an staatlicher Unterstützung und internationaler Hilfe entstanden in den letzten 10 bis 12 Jahren in El Salvador viele neue LGBTI*-Gruppen, -Organisationen und -Netzwerke, auch außerhalb der Hauptstadt. Langsam, aber stetig bauten sie „sichere Räume“ und Community-Zentren auf. Deren Angebot reicht von formeller und informeller Bildung und Stipendien über psychosoziale Begleitung und humanitäre Hilfe bis hin zu Rechts-, Gesundheits- und Ernährungsberatung. Auch immens wichtig: soziale Anerkennung, Freundschaft und Solidarität. Mangelnder staatlicher Unterstützung, geringer internationaler Hilfe und interner

Herausforderungen wie niedriger Schulbildung und fehlender Bündnisstrukturen zum Trotz konnten in den letzten Jahren sowohl auf gesellschaftlicher wie auf politischer Ebene einige Fortschritte erreicht werden.

Schritte in die richtige Richtung

Unter zwei (FMLN)-Regierungen gab es von 2009 bis 2019 im Sekretariat für Soziale Inklusion mit der Landesdirektion für Diversität die erste staatliche Anlaufstelle im Dialog mit LGBTI*-Organisationen. Ihr Output war zwar noch sehr schwach. Immerhin wurde >

¹⁾ Im Pride Monat (dt.: Stolz-Monat) kommen jährlich weltweit Mitglieder der LGBTI*-Bewegungen zusammen, um ihre Freiheit zu feiern oder gegen ihre Unfreiheit einzutreten. Sichtbarkeit ist dabei ein wichtiges Element.



Mit einem kleinen Fitnessstudio sowie Taichi-Kursen setzt die Organisation Generación Hombres Trans (dt.: Generation Trans-Männer) auf die Gesundheit von Körper und Geist.

aber 2010 mit dem Dekret 56 ein Diskriminierungsverbot aufgrund sexueller Orientierung und Genderidentität in der öffentlichen Verwaltung erlassen und im Ansatz mit seiner Umsetzung begonnen. Von der Organisation DIKÈ LGBTI+, welche die einzige Gesundheitsklinik für Transgender-Menschen in der Region betreibt, wurde ein Protokoll für die medizinische Versorgung von Trans* Menschen erarbeitet. Von Seiten des Gesundheitsministeriums fehlt aber noch die Bereitschaft, darüber zu diskutieren. Fortschritte gab es beim Obersten Wahlgericht, das seit fast 10 Jahren LGBTI*-Referent*innen anstellt, um lokale Wahlkommissionen und Wahlhelfer*innen im respektvollen Umgang mit LGBTI*-Menschen zu schulen. Ein weiterer Erfolg war 2019 die Verabschiedung einer LGBTI*-Politik des Ministeriums für Justiz und öffentliche Sicherheit sowie die Einrichtung

einer Arbeitsgruppe zu deren Umsetzung. Behörden wie Polizeiakademie und Strafvollzug formulierten danach eigene Protokolle für den respektvollen Umgang mit LGBTI*-Menschen und schulten ihr Personal, was zu einer teilweisen Verbesserung der Behandlung in den Behörden führte.

Kernstück der politischen LGBTI*-Agenda in El Salvador ist jedoch das Gender-Identitätsgesetz, das 2018 von sieben Organisationen ins Parlament eingebracht wurde. Das Gesetz würde es Transgender-Menschen einfach und kostenlos ermöglichen, ihre Namen ihrer Genderidentität anzupassen. Eine bahnbrechende Resolution des Verfassungsgerichts ermöglichte erst im März 2022 die Namensänderung einer Aktivistin der Organisation COMCAVIS TRANS (Partner in einem Regionalprojekt der CIR). Nun lastet Handlungsdruck auf dem Parlament, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen.

Dank der Initiative und des Mutes von LGBTI*-Aktivist*innen konnten selbst in einem so konservativen Land wie El Salvador konstruktive Vorschläge in staatliche Räume eingebracht und Öffnungen erreicht werden.

Zwei Schritte vor, einer zurück

Im Jahr 2019 erlitt diese jahrelange Arbeit mit dem Amtsantritt des populistischen Präsidenten Nayib Bukele einen herben Rückschlag. Das Sekretariat für Inklusion wurde prompt aufgelöst und LGBTI*-Angelegenheiten dem wenig interessierten Kulturministerium zugewiesen. Alle genannten Dialogräume und Arbeitsgruppen wurden ausgesetzt. Vorschläge aus der Zivilgesellschaft, wie das Gender-Identitätsgesetz oder das Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, wurden samt und sonders im Archiv abgelegt. Das von offizieller Seite geschürte Klima von Intoleranz und Hass gegen Regierungskritiker*innen und alle, die anders

sind oder denken, wird von LGBTI*-Menschen als direkte Bedrohung empfunden. Sie denken dabei an die zahlreichen Morde an LGBTI*-Personen in den letzten 10 Jahren, die immer noch auf Aufklärung warten.

Gibt es einen Blick nach vorne?

Aus Sicherheitsgründen haben Aktivist*innen nicht gemeinsam und sichtbar an der 1. Mai-Demo teilgenommen, planen aber dennoch ihre Pride-Demonstration im Juni. 2021 hatte diese mit über 10.000 Teilnehmer*innen einen neuen Rekord erreicht. Ein Indikator für den Erfolg der Basisarbeit, wie sie auch von der Organisation Generación Hombres Trans geleistet wurde und wird. Sie ist ein Beispiel für gewachsenes Selbstbewusstsein und Resilienz. In nur sieben Jahren ist sie auf rund 60 Transgender-Männer angewachsen. Heute bietet sie neben ganzheitlicher psychologischer und medizinischer Beratung und Bildungsarbeit auch ein kleines Fitness-Studio. Auch wenn riskante Aktivitäten im öffentlichen Raum abgesagt sind und die Organisation in der Veröffentlichung regierungskritischer Meinungen zurückhaltender geworden ist, geht es weiter: *„Wir haben es immer wieder geschafft, uns auf neue Situationen einzustellen: erst die Pandemie, die mehrmonatige Quarantäne, dann der Regierungswechsel, nun der Ausnahmezustand. Er wird uns nicht bremsen. Wir werden neue Strategien suchen und gleichzeitig versuchen, institutionell und von Seiten der Bevölkerung Rückendeckung zu bekommen. Wir müssen immer wieder neu analysieren, was wir machen, und vor allem, wie wir es umsetzen können.“*

Der Pride-Umzug im Juni wird zeigen, ob die Teilnehmerzahl vom letzten Jahr noch übertroffen werden kann, und ob und wie der LGBTI*-Aktivismus den Ausnahmezustand überlebt. ■



LGBTI*-Rechte gehören nicht ins Archiv!

Die CIR unterstützt Vernetzung, Erfahrungsaustausch und den Aufbau einer vielfältigen sozialen Bewegung für LGBTI*-Rechte. Dies erfordert finanzielle Ressourcen für regelmäßige Treffen, Strategieseminare und öffentliche Aktionen. Für die Jahresversammlung einer LGBTI*-Organisation in Honduras werden z.B. 630 € für den Transport der Teilnehmer*innen veranschlagt. Mit einer Spende von 45 € können Sie die Anreise einer Person aus einer weiter entfernten ländlichen Region sichern.

Stärken Sie mit Ihrer Spende die Rechte von Menschen der LGBTI*-Community.

Stichwort « LGBTI »



Rückenwind für faires Spielzeug: **Die Fair Toys Organisation wächst – immer mehr steigen ein!**

Die Fair Toys Organisation (FTO) ist ein Zusammenschluss von Spielzeugunternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf Augenhöhe. Ihr Ziel: glaubhaft faire und umweltfreundliche Spielzeugproduktion repräsentieren.

TEXT: ANNA BACKMANN UND MAIK PFLAUM (CIR)

Vor zwei Jahren wurde sie von 15 Mitgliedern (u.a. Haba, Heunec, Sigikid, Zapf Creation, Romero Initiative (CIR), Mission Eine Welt, Katholische Arbeiterbewegung, Nürnberger Bündnis Fair Toys) in Nürnberg gegründet. Inzwischen hat die Multistakeholder-Initiative Zulauf bekommen und zählt 28 Mitglieder, darunter Unternehmen wie Faller und Fischertechnik oder auch der Deutsche Spielwarenverband und die Stadt Nürnberg. Die Geschäftsstelle beschäftigt seit letztem Jahr drei statt zwei

Mitarbeiter*innen, um das Mehr an Arbeit zu bewältigen.

Die CIR arbeitet seit mehr als 10 Jahren zum Thema „Spielzeug und Arbeitsrechte“ und war maßgeblich an der FTO-Gründung beteiligt. 2017 beantragte die CIR Fördermittel beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Deren Bewilligung machte den Start der FTO möglich. Bis sie sich durch Mitgliedsbeiträge selbst tragen kann, ist ihre Finanzierung sicher.

Hand in Hand mit dem Lieferkettengesetz

Die Einführung des neuen Lieferketten-Sorgfaltspflichten-Gesetzes (LSG) in Deutschland spielt der FTO in die Karten: Auch von Branchenrößen erreichen sie viele Nachfragen.

Ab einer bestimmten Größe verpflichtet das Gesetz Firmen, in ihrer Lieferkette Menschenrechte und Umweltstandards zu achten. Basis sind die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNLP). Sie zählen zu den wichtigsten Standards der Unternehmensverantwortung. In ihrem Sinne verfolgt das LSG das Ziel, entlang globaler Lieferketten die Rechte von Menschen gegenüber Unternehmen zu stärken.

Eine FTO-Mitgliedschaft bringt Unternehmen große Vorteile: Sie bekommen Orientierung und Handlungsanleitungen zur Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten (MRSP) entlang ihrer Liefer- und Produktionskette. Derzeit durchlaufen Mitglieder Schulungen zu diesem Thema, weitere Schwerpunktthemen stehen unmittelbar an.

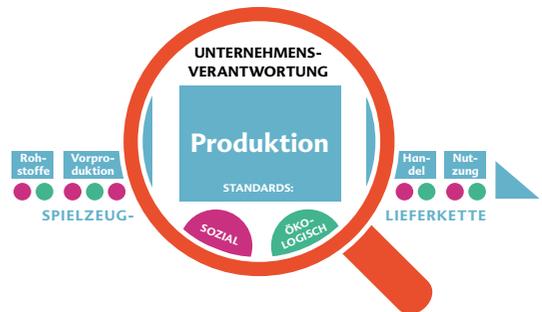
Siegel-Vergabe geplant

Geplant ist ein Siegel, das für nachhaltiges und faires Engagement in vorgegebenen Kategorien an Unternehmen verliehen wird, die hier die höchste Punktekategorie erreichen. Ein Siegel bedeutet Orientierung für Privatkund*innen wie auch für die öffentliche Beschaffung, z.B. für städtische Kitas. Aktuell werden die Werkzeuge für die Siegel-Vergabe erarbeitet.

Zwar weist das Lieferkettengesetz noch Schwächen auf, z.B. dass es zunächst nur für Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeiter*innen gilt. Aber auch kleinere Firmen werden von Großhändlern und deren Einkäufern

gefragt, wie es um die Einhaltung ihrer Sorgfaltspflicht bestellt ist. Denn bei Großunternehmen hat das Gesetz im gesamten Bereich der Lieferkette Geltung.

Lieferkettengesetz und die Fair Toys Organisation ergänzen sich optimal, bedeuten politische Legitimation und Unterstützung für faire und umweltfreundliche Spielzeugproduktion. Pünktlich zum zweiten Geburtstag der FTO findet am 13. Juli ihre Mitgliederversammlung im Nürnberger Rathaus statt – mit hoffentlich weiteren neuen Mitgliedern. ■



Wer fair spielt, gewinnt

Auch weiterhin wollen wir für strukturelle Veränderungen in der Spielzeugindustrie eintreten. Ihre Spende hilft uns dabei, uns für die Achtung der Menschenrechte und grundlegende Arbeitsnormen in der Spielzeugproduktion einzusetzen und Menschen über die dort herrschenden Bedingungen aufzuklären.

Stichwort « SPIELZEUG »

Im Einsatz für faire Orangensaft-Produktion: ein Treffen des Komitees Nordosten für Vertreter*innen von Verbänden von Kleinbäuerinnen und -bauern.



Auf dem Weg zu nachhaltigerem O-Saft: **Eine Stimme für Zivilgesellschaft und Kleinbäuerinnen und -bauern in Brasilien**

*Orangensaft erfreut sich in Deutschland größter Beliebtheit. Die Früchte für den Saft stammen dabei meist von riesigen Monokulturen in Brasilien. In der Vergangenheit machten diese vor allem mit Arbeitsrechtsverletzungen und prekären Arbeitsbedingungen der Pflücker*innen Schlagzeilen. Im Jahr 2020 gründete die Romero Initiative (CIR) daher zusammen mit Akteur*innen aus Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaft und Politik in Brasilien und Deutschland die Partnerschaft für Nachhaltigen Orangensaft (PANAQ), um Arbeits- und Umweltschutz in der Orangensafthlieferkette zu verbessern. Gefördert werden sollen vor allem kleinbäuerliche, agrarökologisch arbeitende Betriebe. Was ist seither passiert?* TEXT: ANDRÉA DE MORAES BARROS (CIR)

Zivilgesellschaft in Brasilien braucht Organisation, um Gehör zu finden

Zusammen mit unserer Partnerorganisation Repórter Brasil ermutigt die CIR Zivilgesellschaft wie auch Organisationen von Kleinbäuerinnen und -bauern in Brasilien, sich an den Debatten der PANAQ vor Ort zu beteiligen. Seit Mitte 2020 unterstützt Repórter Brasil dazu ihre Selbstorganisation in lokalen

Gruppen. So bildete sich zum Beispiel die Allianz für Menschenrechte in Agrarlieferketten. Diese befasst sich mit dem Schutz von Menschenrechten im Agrarsektor, der Verbesserung von Arbeitsbedingungen und der Verhinderung von Sklaverei-ähnlichen Arbeitsbedingungen. Das gilt nicht nur für Orangensaft-, sondern auch für andere Agrarlieferketten, wie für Kaffee, Zuckerrohr oder Kakao. Zuletzt wurde diskutiert, wie Lieferkettengesetze im Orangensektor

umgesetzt werden können. Die CIR unterstützt die Arbeit der Zivilgesellschaft dabei vor allem durch Vernetzung mit internationalen Akteur*innen, wie zum Beispiel in Deutschland mit Corporate Accountability (CorA) und Kooperation Brasilien (KoBra).

Marktzugang für Zitrusbäuerinnen und -bauern schaffen

Neben der Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit soll Kooperativen der Zugang zum internationalen Orangensaftmarkt erleichtert werden. Repórter Brasil organisiert dazu Schulungen, die kleine Betriebe zur Positionierung mit erfolgreicher Markenstrategie befähigen. Der Fokus liegt besonders auf ökologischen Anbauweisen oder Zertifizierung als Geschäftsmodell. Derzeit läuft zudem ein Kooperationsprojekt der FH Münster, der Föderalen Universität Sergipe und der CIR mit dem Ziel, konkrete, auf die Bedürfnisse kleiner Kooperativen angepasste Marktzugangsstrategien im Orangensektor zu entwickeln. Dazu werden landwirtschaftliche Daten von Betrieben im Nordosten Brasiliens erhoben, der von kleinbäuerlicher Landwirtschaft geprägt ist. Untersucht werden Angehörige der Kooperativen Cooperativa Agropecuária Mista do Litoral Norte de Bahia (COOPEALNOR) und Cooperativa de Produtores Rurais do Município de Itabaianinha - Sergipe (COOPERIN). Gleichzeitig findet im Münsterland eine Befragung zu Erwartungen und Nachfrage möglicher Käufer*innen des Orangensafts dieser Kooperativen statt. Studienergebnisse werden bis November 2022 erwartet.

Erste Schritte sind gemacht, aber der Weg ist noch weit

Organisation und Förderung von Zivilgesellschaft und Kleinproduzent*innen in Brasilien sind erste wichtige Schritte hin zu einer nach-



Ein Treffen der Allianz der Zivilgesellschaft in Brasilien

haltigen Orangensaftlieferkette. Diese Maßnahmen vor Ort tragen maßgeblich dazu bei, die Ziele der PANAO zu erreichen, da inzwischen sowohl die Allianz für Menschenrechte in Agrarlieferketten wie auch der Zusammenschluss der Kleinbäuerinnen und -bauern PANAO-Mitglieder sind und sich an Diskussionen zur fairen Gestaltung der Lieferkette beteiligen. ■

Öko-sozialer Anbau von Lebensmitteln

COOPEALNOR und COOPERIN sind Kooperativen von Kleinproduzent*innen aus Bahia und Sergipe in Brasilien: „Unsere Mission ist es, ökologisch und sozial verantwortlich zu produzieren und zu vermarkten und so zum Aufbau eines gerechteren Handelsmodells beizutragen, das den Bäuerinnen und Bauern und ihren Familien, den Verbraucher*innen und der Umwelt zugutekommt.“ – Aldo José (COOPEALNOR).

Mit 60 Euro unterstützen Sie unsere Partnerorganisationen COOPEALNOR und COOPERIN dabei, eine eintägige Schulung für eine Kleinbäuerin oder einen Kleinbauern zu finanzieren!

Stichwort
« ÖKO-SOZIALER ANBAU
BRASILIEN »

Wir stellen vor

Menschen, die sich zusammen mit der CIR für eine gerechte und solidarische Welt engagieren

Heute: Margret und Paul Gerhard Schoenborn



„Ein Teil unseres Erbes für die Solidarität“

Seit der Gründung der CIR zeigten Margret und Paul Gerhard Schoenborn mit unzähligen Publikationen, Diskussionen, Lehrveranstaltungen und Spenden Solidarität mit Menschen in Lateinamerika und standen für kritische und politische Theologie ein. Ein langer gemeinsamer Weg, der Spuren hinterlässt und über das eigene Leben hinauswirkt. Im letzten Jahr ist Frau Schoenborn verstorben. Herr Schoenborn hat seine Frau bis zuletzt gepflegt. Viele Menschen haben im Andenken an Frau Schoenborn an die CIR gespendet. Ihr großzügiges Vermächtnis ermöglicht es uns, unsere Partnerorganisationen in Mittelamerika langfristig zu unterstützen. Wir sprachen mit Herrn Schoenborn über sein bewegtes Leben und darüber, warum es wichtig ist, sich zu engagieren.

Herr Schoenborn, was hat Ihre Frau und Sie dazu bewegt, die CIR seit vielen Jahren zu unterstützen?

„ Als junger Pfarrer wurde mir in den 1960ern das christliche Engagement für Frieden und Gerechtigkeit wichtig. Als Religionslehrerin interessierte sich meine Frau dafür, was die Christ*innen weltweit bewegt. Deshalb haben wir in Reinhausen den Arbeitskreis „Politisches Nachtgebet“ gegründet. Leitend war der Dreischritt der Befreiungstheologie „Sehen-Urteilen-Handeln“. Damals waren solche Gottes-

dienste etwas Umstrittenes. Uns war aber klar: Das Weltgeschehen geht uns alle an und muss auch in der Kirche thematisiert werden. Es geht um Solidarität!

Als Studentenpfarrer an der Universität in Wuppertal bekam ich in den 1970ern mit Geflüchteten, mit Folteropfern aus Chile und Argentinien zu tun. Wir führten Solidaritätsaktionen für die Freiheitsbewegungen in Mittelamerika durch. Aus dieser Zeit stammen viele Freundschaften. Als Moderator von Podiumsdiskussionen beim Lateinamerikaforum der Kirchentage habe ich in den

1980ern die Aktivist*innen aus Münster kennengelernt, so Heiner Rosendahl und Anne Nibbenhagen, die heute noch bei der CIR arbeitet. Weil ich Textbücher über Basisgemeinden erarbeitet habe, besuchte ich zwecks authentischen Materials natürlich auch die CIR. Sie war und blieb für meine Frau und mich eine wichtige Verbindung zur Solidaritätsbewegung.

Wie haben Sie die CIR in diesen ganzen Jahren erlebt?

Die Arbeit der CIR hat sich im Laufe der Jahre stark verändert. Der Geist der Befreiungstheologie und die Solidarität mit den Basisbewegungen in Mittelamerika waren am Anfang zentral. Dann kamen weitere wichtige Themen dazu: Stärkung der Frauen, Bewahrung der Schöpfung im Hinblick auf die Umweltverbrechen, Ungerechtigkeit der Wirtschafts- und Machtverhältnisse. Mit der Kampagnenarbeit hier in Deutschland hat die CIR viele Menschen außerhalb der christlichen Kreise angesprochen. Wir fanden eine solche „Strategieerweiterung“ gut. Diese Art der solidarischen Aktion ist leider in unserer individualistisch ausgerichteten Gesellschaft nicht selbstverständlich.

Viele Menschen haben im Andenken an Ihre Frau gespendet. Mit einem großzügigen Vermächtnis wird außerdem die Arbeit unserer

Partnerorganisationen von Jahr zu Jahr unterstützt. Wie kam es dazu?

Wir haben die CIR schon immer unterstützt. Nun ist ein Teil unseres Erbes für die Solidarität bestimmt. Diese Entscheidung haben meine Frau und ich gemeinsam getroffen. Ausschlaggebend war dabei unsere persönliche Verbindung zur CIR. Sich zu engagieren, war für uns auch in den letzten zwanzig Ruhestandsjahren selbstverständlich. Meine Frau war Sprecherin des bundesweiten Arbeitskreises „Gerechtigkeit“ der Evangelischen Akademikerschaft. Ich habe weiter manchen Vortrag und einige Seminare über die Befreiungstheologie gehalten. Oscar Romero erinnert uns daran, dass für Gerechtigkeit und Nächstenliebe immer noch gestorben wird. ■ “

Das Buch „Oscar Romero und die Kirche der Armen“ zum 40. Todestag des Lebenszeugen aus El Salvador, an dem Herr Schoenborn mitgewirkt hat, kann hier heruntergeladen werden: www.ci-romero.de/ueber-uns/oscar-romero



Viele Menschen möchten am Ende ihres Lebens etwas Bleibendes hinterlassen. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Die Gestaltung des letzten Willens ist eine sehr persönliche Angelegenheit, bei der viele Fragen bedacht werden müssen. Für eine vertrauliche und unverbindliche Beratung stehe ich Ihnen gern zur Verfügung:

Maria Wilmer
Referentin Spendenwesen und CIR-Stiftung
Tel.: +49 (0) 251 674413 31
E-Mail: wilmer@ci-romero.de
www.ci-romero.de/spenden

 **romero initiative**
STIMME FÜR GERECHTIGKEIT

Veränderungen im Team

Klimagerechtigkeit ist mittlerweile ein wichtiges Thema unserer Arbeit. Das haben wir auch **Celia Meienburg** zu verdanken, die die Kampagne Game On auf den Weg gebracht hat und nun zu neuen Ufern aufbricht. Ihre Nachfolgerin **Lisa Kirtz** hat u.a. Erfahrungen mit Klimawandelanpassungs-Projekten im Globalen Süden. Nun nimmt sie auch die Verantwortung des Globalen Nordens in den Fokus. Von unserer Volontärin **Selena Fritz** müssen wir uns leider verabschieden. Sehr engagiert unterstützte sie das Team, besonders aber Celia. Selenas Nachfolgerin, **Sina Trölenberg**, begann mit CIR-Vorerfahrungen. Sie hat bereits am CIR-Podcast *Klima? Gerecht!* mitgearbeitet. Auch das Team der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit freut sich über Verstärkung:



Eines der selten gewordenen Teamtreffen in Präsenz: Bürositzung im Mai.

Felizia Göldenboth ist seit Juni dabei und wird u.a. das Thema Klimagerechtigkeit in die Öffentlichkeit tragen. Neu, aber gut bekannt, ist **Lou Gerlach**. Als Assistenz für Geschäftsführung und Büroleitung kommt er zurück. Eine große Freude!

Celia und Selena, wir werden euch vermissen. Danke für euren Einsatz! Lisa, Sina, Lou und Felizia, herzlich willkommen!

FOTO: CIR

IN EIGENER SACHE

WICHTIG: Seit Januar 2020 erhalten Sie für all Ihre Spenden eines Kalenderjahres nur eine Zuwendungsbestätigung (sog. Sammelbestätigung), und zwar im Januar des Folgejahres. Sollten Sie eine frühere Zusendung wünschen, reicht ein kurzer Hinweis an Maria Wilmer (**E-Mail: wilmer@ci-romero.de, Tel.: +49 (0) 251 /67 44 13-31**). Wir freuen uns auf Ihren Anruf und helfen bei allen Fragen rund ums Spenden gern weiter!

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- einmalig monatlich
 1/4 jährlich 1/2 jährlich jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- Projektarbeit Fördermitgliedschaft
 Öffentlichkeitsarbeit

IBAN / Konto-Nr.

BIC / BLZ

Bank

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch mit dem Smartphone abfotografieren und per E-Mail senden an shop@ci-romero.org

Unser Kurzfilm «Klima der Zukunft? Wetterextreme in Mittelamerika» kann in deutscher und spanischer Version online kostenlos heruntergeladen werden: www.ci-romero.de/bestellen

Christliche Initiative Romero	EURO	EXPL.	Systemwandel	EURO	EXPL.
presente 2/2022 (vorliegend)			Leitfaden: Wandelmut! Wie wir eine sozial-ökologische Wirtschaft gestalten NEU!	3,00	
CIR-Spendenbox	gratis		Leporello/Faltbüchlein: So schön kann Zukunft sein – Wirtschaft neu denken.	gegen Porto	
Faltblatt: Gemeinsam Dinge bewegen. CIR-Fördermitgliedschaft			Initiative Lieferkettengesetz		
Infoblatt: Oscar Romeros Bedeutung heute – 40 Jahre nach seinem Todestag	gegen Porto		Infopaket Lieferkettengesetz: je ein Beispielexemplar aller Publikationen		
Dossier: Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika			Kampagnenflyer: #yesEUcan	gegen Porto	
Faire öffentliche Beschaffung			Kampagnenplakat: „Großes starten“ NEU!		
Factsheet: Lebensmittel beschaffen: So wird's fair O-SAFT <input type="checkbox"/> KAFFEE <input type="checkbox"/> KAKAO <input type="checkbox"/> BANANEN <input type="checkbox"/> FLEISCH (Soja) <input type="checkbox"/>			Petitionsliste: „Yes EU Can“		
Faltblatt: Für faire Dienstbekleidung in Kommunen!	gegen Porto		Aktionszeitung: BRENNPUNKT Ein starkes Lieferkettengesetz für Europa! beiliegend		
Faltblatt: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht!			Kritischer Konsum		
Studie: Blick über den Tellerrand Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln am Beispiel Berlin			Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Neuaufgabe 2021)	2,00	
Öko-fairer kirchlicher Einkauf			Quick Check zum Wegweiser (Neuaufgabe 2021): Die kleine Übersicht fürs Portemonnaie		
Aktionspostkarte: Gute Arbeit hier und dort – Kirchliche Mitarbeitervertretungen	gegen Porto		Infoblatt: Ein Wegweiser durch das Label-Labyrinth Infos zum Wegweiser und zu Labelchecker.de	gegen Porto	
Faltblatt: Das öko-faire Gotteshaus			Aktionszeitung: BRENNPUNKT Arbeitsrechte in der Spielwarenindustrie		
Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche?			Prospekt-Persiflage (Adbust): LIDL <input type="checkbox"/> KIK <input type="checkbox"/> Was hinter Schnäppchen steckt EDEKA <input type="checkbox"/>		
Kleidung			Supermärkte und Lebensmittel		
Broschüre: Moral im Abseits - Profite gegen Menschenrechte: das kalkulierte Foulspiel der Sportindustrie	4,00		Faire Umhängetasche aus recycelten Lebensmittel-Verpackungen von mai vietnamese handicrafts DIN A4, BLAU <input type="checkbox"/> ORANGE <input type="checkbox"/> GRÜN <input type="checkbox"/>	5,00	
Dossier: Fast Fashion Eine Bilanz in drei Teilen	5,00		Kochbuch: Gutes Essen für Alle Rezepte plus Hintergrundinfos aus Brasilien und Mittelamerika	2,00	
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für Multiplikator*innen	7,00		Infoplakat: Soja: So nicht! (Format A1) NEU!		
Foto-Posterserie zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster in DIN A1)	20,00		Sticker-Postkarte: Geschmacklose Zutaten		
Faltblatt: #Where's the change? zu Fast Fashion			Faltblatt: 25 Tipps für ethisches Essen. Was kann ich tun?	gegen Porto	
Aktionspostkarte: Ich möchte die ganze Rechnung sehen!	gegen Porto		Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild		
Infoblatt: Was kann ich tun?			Broschüre: Der Wandel. Schattenseiten & Lichtblicke in der Orangensaftherstellung		
Rohstoffe			Studie: Ausgepresst. Hinter den Kulissen der Saftindustrie		
Faltblatt: Schöner Schein... Kann man Gold „ethisch“ konsumieren?	gegen Porto		Werkmappe: Arbeitsrechte? Nicht die Bohne! Billiger Kaffee made in Honduras	4,00	
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Banken und Bergbau			Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen + 10 Methodenblättern, der „Werkmappe Supermärkte“, vielen Aktionsmaterialien	10,00	
Klimagerechtigkeit			Wander-Ausstellung: Lebenswelten. Arbeiter*innen entlang der O-Saft-Lieferkette (20 DIN A2 Plakate) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/ Telefon)		
Broschüre: Wo soll die Reise hingehen? Klimagerechte Zukunft oder zerstörerische Katastrophe	gegen Porto				
Brettspiel: Terra Futura. Spielerisch Klimaschutz lernen, ab 12 Jahre	7,00				
Hintergrund- und Positionspapier: Die Folgen des Klimawandels in Mittelamerika und Forderungen der Zivilgesellschaft für mehr Klimagerechtigkeit.		nur digital zum Download			

Noch einfacher: Online bestellen unter www.ci-romero.de/bestellen



Romero Initiative (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251/67 44 13-0
Fax +49 (0) 251/67 44 13-11
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Name / Organisation _____

Straße / Hausnummer _____

PLZ / Ort _____

Telefon / Fax _____

E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte schicken Sie mir den **E-Mail-Newsletter** der CIR zu.

INITIATIVE LIEFERKETTEN GESETZ.DE

**YES
EU CAN!**

Die EU kann einen entscheidenden Beitrag zu global gerechterer Wirtschaft leisten. Dafür muss ihr Gesetz diese Mindestanforderungen erfüllen:

- ★ Die Erfassung der gesamten Liefer- und Wertschöpfungskette ohne Schlupflöcher;
- ★ Unternehmen müssen in Haftung genommen werden und Geschädigte vor europäischen Gerichten Schadensersatz einklagen können;
- ★ Verpflichtung der Unternehmen zu Umwelt- und Klimaschutz;
- ★ Sicherstellung umfassender Beteiligung Betroffener bei der Umsetzung.

Im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung ist die Unterstützung eines EU-Lieferkettengesetzes vereinbart. Bundeskanzler Scholz muss daher seine Richtlinienkompetenz nutzen und dieses Versprechen umsetzen. Er muss sich im Rat der EU für ein wirksames Lieferkettengesetz einsetzen – auch gegen den Widerstand der Unternehmensverbände!

Für uns und die über 130 Mitgliedsorganisationen der Initiative Lieferkettengesetz ist klar: **Yes EU can!**

Für Sie auch? Dann **unterzeichnen** Sie jetzt unsere Petition an den Bundeskanzler unter:

ci-romero.de/eu-lieferkettengesetz-petition/

Bestellen Sie außerdem das neue Kampagnenmaterial und mobilisieren Sie bei sich vor Ort für eine wirksame Gesetzgebung:

ci-romero.de/publikationen/



Weltweit leiden Mensch und Natur in den Wertschöpfungsketten europäischer Unternehmen, ob in den Fabriken Bangladeschs oder auf den Feldern Italiens. Freiwillig setzen die wenigsten Unternehmen Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt um.

Mit der Initiative Lieferkettengesetz forderten wir die Bundesregierung auf, ein Gesetz gegen Gewinne ohne Gewissen einzubringen. Nach langem Ringen verabschiedete der Bundestag im Juni 2021 endlich das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.

Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, denn es schreibt deutschen Unternehmen erstmals Maßnahmen zur Achtung der Menschenrechte vor.

Leider hat die Lobby es an zentralen Stellen abgeschwächt.

Jetzt besteht die Chance, diese Mängel zu beheben, denn die EU arbeitet an einem eigenen Lieferkettengesetz!

